

Wie politisch kann, wie politisch muss Kirche sein?

von Dr. Christian Herrmann

These 1

Politische Theologie im Sinne einer Politisierung aller kirchlichen Vollzüge führt zu einer Selbstsäkularisierung der Kirche. Die kirchliche Botschaft wird austauschbar und ununterscheidbar. Demgegenüber ist zu sagen: Nicht die Kirche oder das Christentum sollen weltlicher, sondern die Welt soll christlicher werden. Politische Bezüge entstehen primär aus dem Engagement von Christen in weltlich-politischen Ämtern, nicht durch kirchliches Handeln.

Manche Pfarrer und kirchenleitende Personen scheinen ganz genau zu wissen, was die richtigen Lösungen für tagespolitisch umstrittene Fragen sind. Oft sind es zeitlich und räumlich sehr begrenzte Projekte wie die Gestaltung eines Bahnhofs oder der Ausbau von Wasserwegen, an deren Akzeptanz oder Nichtakzeptanz schon fast das

ewige Heil zu hängen scheint. Von der Kanzel herab werden nicht nur eindeutige Ratschläge für bestimmte Lösungsoptionen gegeben, sondern womöglich noch die Vertreter alternativer Optionen zu Feindbildern stilisiert. Statt die Versöhnung Gottes mit den Menschen zu vermitteln und dadurch die Versöhnung zwischen den Menschen zu erleichtern, wird polemisiert, Spaltung und Zwietracht gesät. Statt alle Menschen zur Buße zu rufen, geschieht einseitige Parteinahme. Kirche hat dann vielfach nichts anderes mehr zu sagen als die Medien, als der gesellschaftliche Mainstream.

Auf der anderen Seite ist auch klar – und in dieser Spannung bewegen wir uns: Die Gestaltungsräume des täglichen Lebens, die Freiräume für die Praktizierung und vor allem das öffentliche Bekenntnis des Glaubens und die Rahmenbedingungen für den Diskurs über ethische Werte und Normen hängen wesentlich von den politischen Konstellationen ab. Es ist sehr viel einfacher, biblische Inhalte zu bezeugen, wenn in der Rechtsordnung, aber auch im öffentlichen Meinungsklima oder bei führenden politischen Kräften Anknüpfungspunkte dafür vorhanden sind.

Ein spezielles Problem gerade des Pietismus und weiter Teile des freikirchlichen Spektrums war lange Zeit eine weitgehend unpolitische Haltung bzw. ein Quietismus, v.a. wegen der Angst vor einer Verweltlichung des Gemeindelebens, einer Politisierung der christlichen Botschaft und einer Absorbierung von Zeit, Gaben und Personen für Belange von sekundärer Bedeutung. Wie schon mehrmals in der Kirchengeschichte wird freilich in der Gegenwart offenkundig: Je kirchenfeindlicher, säkularer und indifferenter

das öffentlich-politische Klima wird, desto notwendiger ist es für Christen, sich in die Diskussionen einzubringen und weltliche Leitungämter zu übernehmen. Auch wenn das nicht alle Christen tun können, sollten diejenigen, die es tun, zumindest die moralische Unterstützung durch die anderen erfahren.

These 2

Staat und Politik geht Wesentliches verloren, wenn sie verselbständigt und von Gott losgelöst werden. Allerdings setzt ihre Bezugnahme auf Gott bei der Schöpfung und Erhaltung an, nicht bei der Erlösung. Politik wird problematisch, wenn sie einen Beitrag zur Erlösung leisten will.

Eine andere Stoßrichtung als unter 1) skizziert, hat die politische oder öffentliche Theologie, wie sie von Theologen aus der Tradition Karl Barths vertreten wird, zu denen wohl auch der bayerische Landesbischof gehört. Allerdings sind zunächst einmal gemeinsame Anliegen lutherischer und barthianischer Theologie zu betonen. Allen Karikaturen zum Trotz ist es gerade nicht Anliegen der Zwei-Reiche-Lehre Luthers, den Bereich der Politik oder der Wirtschaft als einen vom Anspruch und Wirken Gottes losgelösten Raum zu sehen und eine Eigengesetzlichkeit im Sinne völliger Isolation von Gott und Glaube zu vertreten. Auch nach Luthers Überzeugung sitzt Gott bei Politik und Wirtschaft im Regiment; auch Staat und Politik sehen sich einer externen Bezugsinstanz verantwortlich. Dieser theologische Zugriff auf Staat und

Politik geschieht nun bei Barth durch Bezug auf die Christusoffenbarung, in der biblisch-reformatorischen und katholischen Tradition hingegen durch Rückbezug auf die Schöpfung bzw. besser: auf den Schöpfer.

Grundproblem bei Barth ist der Ausgangspunkt beim Evangelium, das stets zugleich als Gesetz auftritt. Evangelium meint hier nicht die je neu zuzusprechende frohe Botschaft von der Rettung aus dem Gericht Gottes um Christi willen, die im Glauben für den Einzelnen Wirksamkeit entfaltet. Vielmehr hält Barth eine individuelle Zueignung der Erlösung für nicht mehr notwendig, weil sie vorweg für alle geschehen ist. Nicht das „Für dich / für mich“ des Evangeliums ist Stoßrichtung kirchlichen Handelns, sondern die intellektuelle und vor allem ethische Beherrschung bzw. Umsetzung des Erlösungsgeschehens. Inhalt des gepredigten Evangeliums ist dann die Erlösungsbotschaft nicht als Zentrum, sondern eher als Sprungbrett, um von dort ethisch-politische Inhalte anzusprechen. Zielt lutherisch-reformatorische Theologie auf existenziellen Trost, auf Glaubens- und Heilsgewissheit ab, kommt der gehetzte und in Sünde verkrümmte Mensch durch die Begegnung mit dem Evangelium von Christus gerade zur Ruhe, ist das in der politischen Theologie Barths gerade nicht so: Das für die ganze Welt bereits Geschehene bleibt insofern unverfügbar, als es einer ständigen ethischen Konkretisierung bedarf. Diese bleibt unabgeschlossen und steht als Imperativ dem Menschen permanent vor Augen. Dabei werden die Möglichkeiten des Menschen sehr optimistisch gesehen; das Böse hat nur graduelle Bedeutung, ist ein schrittweise überwindbares Böses.

These 3

Die Kirche hat keinen unmittelbar politischen Auftrag. Sie muss sich nicht durch Politisierung erst relevant oder interessant machen. Allerdings hat die Verkündigung der unabhängig vom politischen Tagesgeschehen definierten und gültigen christlichen Botschaft indirekt Folgen für die Politik. Hierbei geht es um Gewissensschärfung, um einen Ruf zur Buße, um Rückruf zu dem ursprünglich von Gott Gemeinten und Eingesetzten. Veränderte Menschen betreiben eine veränderte Politik. Nicht die Institutionen und Ämter sind das Problem, sondern die in ihnen tätigen Personen.

Die Kirche bezieht ihre Inhalte nicht aus dem Tagesgeschehen, nicht aus dem Hier und Jetzt. Vielmehr hat umgekehrt der genuine Inhalt der christlichen Botschaft und des kirchlichen Tuns Relevanz für die Welt in allen ihren Bezügen, also auch für die Politik. Was christlich ist, steht mit dem Wirken Gottes als Schöpfer und Erlöser, steht mit seiner Selbst-Offenbarung in seinem Wort fest und zwar zunächst unabhängig davon, was die Menschen davon halten, wie kompatibel das mit dem zufällig gerade von der Mehrheit der Bevölkerung praktizierten ist. Die Kirche muss sich und ihre Botschaft nicht durch eigene Politisierung erst relevant oder interessant machen; vielmehr leistet sie durch Wahrnehmung ihrer zunächst nicht unmittelbar politischen, sondern genuin kirchlichen Aufgaben einen unschätzbaren Beitrag auch zur Politik.

These 4

Christliche Politik ist möglich und nötig, nicht aber politisches Christentum. Dies hängt mit der Unterscheidung von Gesetz und Evangelium zusammen. Politisches Christentum zieht das Evangelium in den Wirkungsbereich des Gesetzes

hinein, kann nicht mehr trösten, retten, befreien. Christliche Politik hingegen beschränkt sich auf die neue Begründung und Motivation des Tuns des Gesetzes, belässt das Evangelium aber als Inhalt der Verkündigung.

Die Kirche und ihre Amtsträger im Vollzug ihres kirchlichen Dienstes haben ihre Aufgabe darin, durch Vermittlung der biblischen Botschaft zur Formung des Verantwortungsgefühls, der inhaltlichen Bindung und existenziellen Wirksamkeit des Gewissens beizutragen. Dabei ist im Gegensatz zu Karl Barth auf die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium zu achten. Die Botschaft der christlichen Predigt bleibt primär eine tröstende, zielt auf Sündenvergebung, Freispruch, auf das Zur-Ruhe-Kommen bei Gott ab. Erst dann geht es, und das auch mehr in der Seelsorge und Katechese, um Einweisung in das christliche Leben, um ein – allerdings befreites – Leben nach den Maßstäben des Gesetzes Gottes.

These 5

Aus der christlichen Botschaft lassen sich keine Vorgaben für die Entscheidung aller tagespolitischen Detailfragen ableiten. Vielmehr geht es um Grundhaltungen, grundlegende Orientierungen und Werte. Allerdings gibt es Fragen, bei denen diese christlichen Werte unmittelbarer betroffen sind (z.B. Abtreibung) als andere, bei denen sie nur unter Zwischenschaltung weiterer Voraussetzungen und Folgerungen relevant werden (z.B. große Bauprojekte).

Die Kirche kann keinen sinnvollen Beitrag zur unmittelbaren Klärung tagespolitischer Streitfragen leisten. Sehr wohl aber hat

jemand, der sich an der authentischen Botschaft der Bibel orientiert, einen Kompass, der zur Klärung tagespolitischer Streitfragen beiträgt. Christliche Politik ist primär Politik christlicher Personen, nicht Schaffung christlicher Strukturen. Veränderte Menschen betreiben eine veränderte Politik, gestalten die Strukturen im ständigen Rückbezug auf die Grundintention weiter.

Christliche Politik zielt im Übrigen nicht auf eine Überordnung der Kirche oder kirchlicher Amtsträger über den Staat ab. Weder geht es um einen Kirchenstaat noch um eine Staatskirche oder um einen Klerikalismus. Vielmehr wirkt ein theozentrischer Ansatz, der in Wechselwirkung mit dem Schriftprinzip steht, als Bußruf und Orientierung sowohl für Staat, Kirche als auch Individuum.

Dr. Christian Herrmann hielt den Hauptvortrag beim Studententag des ABC zum Thema „Kirche und Politik“.

These 6

Der Ausgangspunkt bei Gott und bei der Bibel bedingen einander. Gemeint ist: Begründung und Definition der Inhalte geschehen von Gott her (Beispiel: Gott ist Liebe; nicht: Liebe ist Gott). Die Bibel zeigt auf, wie die von Gott eingesetzten Strukturen ursprünglich gemeint waren. Die Bibel macht die Offenbarung Gottes in der Schöpfung eindeutig. Der Wechselbezug von Wort- und Schöpfungsoffenbarung macht rationale Argumentation möglich.

Die Begründung der Relevanz der Bibel für die Politik geschieht unvermeidlich zirkulär. Es gibt keine innerweltliche Instanz, von der her sachgemäß die Bedeutung der Bibel beurteilt werden könnte. Vielmehr begründet sich die Heilige Schrift durch Inhalt und Wirkung selbst. Texte wie Micha 6,8 („Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott“) bieten sowohl Konkretionen als auch einen universalen Rahmen.

Ein Problem stellt die Pluralität divergierender Auslegungen der Bibel dar. Problematisch sind Modelle, bei denen eine mehrfache Reduktion stattfindet: Erst beschränkt man sich auf das Neue Testament, dann auf die Bergpredigt, dann auf den „Geist“ der Bergpredigt und einige wenige Verse daraus, die als Kronzeugen für die eigene politische Position herhalten müssen. Oder man unterscheidet zwischen zeitlos gültigen und zeitbedingten Schichten der Bibel, wobei die Kriterien unklar bleiben.

So sehr Theozentrik und Schriftprinzip nicht identisch sind, so sehr sind sie aber auch

nicht voneinander zu lösen. Der besondere Charakter der Bibel als Wort Gottes entsteht nicht erst durch einen historischen, philologischen oder inhaltlichen Vergleich, sondern vorweg als Qualität aufgrund göttlicher Offenbarung und Inspiration.

Schöpfungsoffenbarung und Wortoffenbarung stehen in einem Wechselbezug zueinander. Die Schöpfung ist zwar ein Fingerzeig auf Gott und seine Ordnungen (vgl. Römer 1-2), aber nicht eindeutig genug; sie kann missverstanden und missbraucht werden. Zu ihrer Vereindeutigung und Präzisierung ist die Bibel notwendig. Die Bibel zeigt auf, wie die Strukturen ursprünglich gemeint waren. Sie macht eindeutig, dass sie von Gott eingesetzt wurden und nicht einfach variabel den Zeitumständen entsprechend anpassbar, d.h. relativierbar sind.

These 7

Von Gott statt vom Menschen auszugehen schafft klare Urteilstkriterien. Ohne eine Bezugsinstanz, die den Begrenzungen und Ambivalenzen des Relativen, Kreatürlichen entnommen ist, werden leicht Einzelsegmente der Gesamtwirklichkeit in ihrer Bedeutung überdehnt und Einzel- oder Gruppeninteressen über das Gemeinwohl gestellt bzw. mit diesem identifiziert. Die auf Gott zentrierte Botschaft der Kirche hat insofern eine heilsame Wirkung für die Gesellschaft.

Ein wesentliches Problem der politischen Theologie besteht darin, dass sie zwar zur ständigen Veränderung aufruft und einen Aktionismus und Moralismus entfaltet, dabei aber meist unklar bleibt, wie man theologisch verantwortet zu bestimmten

Urteilen, Zielsetzungen, und Forderungen kommt. Woher weiß man denn so genau was gut und böse ist? Dagegen ist es durch einen theozentrischen Ansatz, also einen konsequenten Ausgangspunkt bei Gott möglich, die jeweiligen, zufälligen, individuellen Situationen und Konstellationen auf einen größeren Zusammenhang zu beziehen. Das Relative bleibt dann relativ und wird nicht verabsolutiert, ebenso wenig wie Einzel- oder Gruppeninteressen.

Der theozentrische Ansatz hilft auch angesichts der Fülle politischer Fachbegriffe und Schlagwörter, die von nahezu allen politischen Gruppierungen als Proprium beansprucht, aber jeweils anders gefüllt werden. Beispiele sind Begriffe wie „Mitte“, „Menschenwürde“, „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“, deren Definitionen von den jeweiligen Denkvoraussetzungen abhängen. Theozentrik heißt Ideologiekritik, weil der Bezug auf Gott das System an Voraussetzungen und inhaltlichen Füllungen in ein übergeordnetes und umfassendes Koordinatensystem einordnet und qualitative, absolute Urteilstkriterien einbringt.

These 8

Der Ausgangspunkt bei Gott statt beim Menschen macht es möglich, mit Unterschieden zwischen Menschen und mit den infolge des Sündenfalls sehr begrenzten Fähigkeiten umzugehen. Politische Theologien schaffen dagegen einheitliche Schemata, denen entsprochen werden muss, und Feindbilder allerer, die nicht in das Schema passen.

Ein weiteres Problem der politischen, öffentlichen Theologie besteht darin, dass sie oft

zu einfache Antworten auf zu komplexe Fragestellungen gibt und sich in Begründung und Zielsetzung mit säkularen Politik-Ansätzen verbindet. Daher pflegen politische Theologen häufig auch Feindbilder. Demgegenüber schafft der Ausgangspunkt bei Gott Einheit innerhalb der Vielfalt. Betreibt der Mensch eine Selbstunterscheidung, tritt er sozusagen einen Schritt zurück und sieht sich von Gott her, so wird der Blick frei auf die anderen Menschen als ebenso wie man selbst auf Gott bezogene, von Gott her definierte Personen. Dann ist der andere nicht primär Konkurrent, wird nicht zuerst von seinen Möglichkeiten, Vor- oder Nachteilen für den Betrachter her gesehen, sondern als genauso von Gott geliebt und beansprucht wie man selber auch. Die Grundunterscheidung, sozusagen die Grundkonkurrenz zwischen Gott und Mensch führt zu einer Einheitsperspektive der Menschen untereinander, zu einer Entlastung. Unterschiede können positiv gewürdigt werden, statt sie als Bedrohung zu empfinden. Weil in Gott das Kontinuum liegt, müssen nicht Idealbilder davon, wie ein Mensch zu sein hat oder was der Mensch zu tun hat, um erst Mensch zu werden, definiert werden.

Erst der theologische Zugriff von der Gottesbeziehung her kann auch in angemessener Weise eine Diskontinuität anderer Art angemessen in Rechnung stellen, nämlich das Gefallensein des Menschen und der Schöpfung. Der Sündenfall hat dabei nicht nur quantitativ die ethischen Möglichkeiten graduell mindernde, sondern qualitativ-ganzheitliche Auswirkungen. Christliche politische Ethik kann daher Utopie, Zukunftsbezug nur in Gestalt der Buße, des Rückbezugs auf Gott und seine Institutionen

und erst von daher vermittelt als begrenzt mögliche Gestaltung entwickeln. Die Verantwortung der Kirche für die Politik besteht gerade nicht darin, säkulare Utopien zu bestätigen, sondern sie kritisch mit dem tatsächlichen heilsgeschichtlichen Wirken Gottes zu konfrontieren.

These 9

Politische Theologien nehmen die Menschen in ihrem Hier und Jetzt und in ihren konkreten Bedürfnissen nicht ernst. Sie entwerfen die Eigentlichkeit des Menschseins in die Zukunft. Dagegen setzt biblisches Denken beim Empfangen, bei der Gabe, bei dem setzenden Akt Gottes an.

Woran lässt sich die Identität des Menschen festmachen? Die beiden Antworttypen entsprechen dem Gegensatz von schöpfungstheologischem Zugriff und Prozessdenken. Entweder empfängt sich der Mensch sozusagen, sieht sich definiert aufgrund einer Gabe, einer Wirkung von außen, ist Mensch von vorneherein. Oder das Menschsein des Menschen wird als Aufgabe, als Prozess betrachtet, als Ziel einer u.U. nie völlig abgeschlossenen Entwicklung. Im ersten Fall besteht ein qualitativ-ganzheitliches Verständnis des Menschseins: der Mensch ist bereits in seinem bloßen Dasein unabhängig von allem Sosein, von allen spezifischen Unterschieden, geschichtlichen bzw. biographischen Entwicklungen und Kontexten im vollen Sinne Mensch. Er verfügt als solcher über Menschenwürde im Sinne von „Anspruch auf Achtung“ (Wilfried Härle). Mensch und Person sind im schöpfungstheologischen Ansatz identisch. Das hat z.B. im Bereich des Lebensschutzes die absolute Unverfügbar-

keit jedes menschlichen Lebens für andere Menschen zur Konsequenz: Das Dass des Lebens des Einen (z.B. des Ungeborenen) kann nicht mit dem gewünschten oder befürchteten So des Lebens des anderen (z.B. Einschränkungen für die Eltern) oder mit dem zu erwartenden Leid z.B. infolge von Behinderungen verrechnet werden.

Der andere, anthropozentrische Ansatz entwirft die Eigentlichkeit des Menschen, das Menschsein des Menschen in eine Zielperspektive. Es wird ausdrücklich zwischen Mensch und Person unterschieden. Das Personsein definiert sich dann über graduell messbare, quantifizierbare, im Vergleich abwägbare Eigenschaften, z.B. Vernunftgebrauch, Sprachfähigkeit, Reflexionsfähigkeit im Hinblick auf das eigene Tun und die persönliche Zukunftsplanung. Der Akzent liegt nicht auf dem Sein, sondern auf dem Haben – nämlich von bestimmten Eigenschaften, Fähigkeiten, Lebensoptionen, die mehr oder weniger vorhanden sein können. Wenn die Menschenwürde am Sosein festgemacht wird und dieses von einer relativen zu einer absoluten Größe übersteigert wird, wird die Menschenwürde im Hinblick auf das Dasein notwendig problematisiert.

These 10

Die Unterscheidung von Innen- und Außenbereich des Lebens, von Glauben und Werken, von Gesetz und Evangelium verbindet eigenes Profil mit Toleranz nach außen. Politische Theologien treten dagegen notwendig mit einem moralistischen Pathos der Intoleranz auf, weil sie die genannten Unterscheidungen nicht kennen.

Luther unterscheidet zwischen dem Innen- und Außenbereich des Lebens. Der Glaube betrifft den Innenbereich. Er entsteht durch die Wirkmacht des Wortes Gottes und ist weder verfügbar noch berechenbar. Die entscheidende Wesensdimension des Glaubens liegt ja gerade in dem Vertrauensverhältnis gegenüber Gott (fiducia) – und das ist schwer kontrollier- oder messbar, v.a. nicht mit Gewalt herbeizuführen. Anders verhält es sich im Außenbereich. Hierzu zählen alle Dinge des äußerlich sichtbaren Lebensvollzugs, vor allem alle Gebiete, die von den die Mitmenschen betreffenden Geboten tangiert sind. Ihn selbst angehendes Leid und Unrecht sollte der Christ auf sich nehmen – bis hin zum Martyrium. Anders verhält es sich aber, wenn der Nächste, der andere von Unrecht heimgesucht wird. Um ihn zu schützen, ist ein Eingreifen des Einzelnen wie des Staates – vermittelt über die Amtsträger und Institutionen – notwendig.

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Begründung für die Kompatibilität von christlicher Ethik und Toleranz zu nennen: die Verknüpfung von erstem Gebot und Universalität. Die Abstraktion von Gott, die Negation einer Verantwortung vor Gott führt notwendig zu einer Überhöhung partikularer bzw. relativer Wirklichkeitssegmente. Die Bezugsinstanzen werden dann subjektiv aus innerweltlichen Wahrnehmungsinhalten gewonnen und womöglich transzendiert. Der Ausgangspunkt bei Gott erlaubt es dagegen, dem anderen viel toleranter zu begegnen, als dann, wenn man einen rein innerweltlichen Ansatz hat. ■